

7. Mai

Ich fliege mit durchaus gemischten Gefühlen nach Vietnam. Um das Bild vom arbeitsrechtlichen Nomaden aufzugreifen: Meine Tiere haben hier schon vergiftetes Futter gefunden. Drei Jahre lang habe ich jeweils vier Wochen im August und September mit allen Akteuren über das geplante neue Arbeitsgesetzbuch beraten: Gewerkschaften (der „Allgemeine Bund der Werktätigen“ – ABW), Arbeitsministerium (Ministerium für Arbeit, soziale Sicherheit und Invaliden – MOLISA genannt) und Sozialausschuss der Nationalversammlung, Vorsitzender Herr Loi, der mal in Leningrad studiert hat und mit dem ich manchmal ein paar Brocken Russisch wechsle. Jeweils Diskussion in der Richtung, der Streikbewegung einen vernünftigen rechtlichen Rahmen zu geben und so die Risiken für die Streikenden wie für die öffentliche Ordnung zu verringern. Gegen Ende des dritten Aufenthalts wird dann plötzlich ein Gesetzentwurf präsentiert, der alles auf den Kopf stellt: Schwere Sanktionen gegen illegal Streikende, Erhöhung der zulässigen Überstunden auf 430 pro Jahr, ein Horrorkabinett. Ich sollte Stellung nehmen und sagte, über einen solchen Entwurf würden sich alle Feinde Vietnams freuen. Es würde noch mehr Streiks geben, noch mehr Unzufriedenheit, die Verfasser hätten überhaupt nichts aus Erfahrungen gelernt. Das Ganze wurde auf einem Seminar präsentiert, zu dem viele im Ruhestand befindliche Honoratioren eingeladen wurden, ehemalige Minister und ähnliches Volk. Sie fanden den Entwurf gut; einer meinte, die vietnamesischen Arbeiter würden nicht gut arbeiten, da sei eben eine Menge Druck erforderlich. Ich sagte nur, das sei seine Meinung, ich könne mich dazu nicht äußern, ich hätte jedenfalls in meinem Erfahrungsbereich noch keine faulen Vietnamesen gesehen.

Einige Monate später sagte mir dann Chang-Hee Lee, ein Koreaner, der das ILO-Büro in Beijing leitet und der auch für Vietnam zuständig ist, der Entwurf sei wohl von einer ausländischen Investorengruppe „gesponsert“ worden. Das erscheint nicht unplausibel, denn in Vietnam muss jeder etwas verkaufen können, wenn er anständig leben will. Es soll Richter geben, die das nicht tun, und sie leben heute noch in einer armen Hütte. Die Professoren verkaufen die Examina, zumindest das Prädikat, die Ärzte lassen sich extra bezahlen. Zwar ist in der Verfassung die unentgeltliche Krankenversorgung garantiert, aber eine ernsthafte Behandlung erfolgt nur, wenn man zunächst ein „Geschenk“ macht. Was soll so ein armes Ministerium verkaufen? Außer Gesetzentwürfen gibt es da nicht viel.

Das kommt einem natürlich ein wenig hoch, wenn man die knapp vier Stunden von Beijing nach Hanoi fliegt. Bei der Ankunft bietet mir im Bus vom Flugzeug zum Gebäude ein junger Vietnameser seinen Sitzplatz an, ich muss nachhaltig ablehnen, schließlich will er die Alten ehren und mit meinem grauen Bart (ungewöhnlich in Ostasien) sehe ich halt für dortige Verhältnisse ziemlich alt aus.

Phuc holt mich ab, was mich freut. Er ist nach seiner Krankheit wieder auf der Höhe, es geht ihm ganz gut. Er will allerdings bald aufhören - irgendwie ein Generationswechsel und auch ein Wechsel an Lebenserfahrung, weil er halt noch am Vietnamkrieg beteiligt war und viel unter den Vietnamesen in der DDR organisiert hat. Er ist Parteisekretär einer kleinen, aber wichtigen Gruppe, nämlich aller Mitglieder, die bei ausländischen Stiftungen und anderen Non-profit-Organisationen arbeiten. Ich hatte ihm geschrieben, dass die Amis den neuesten Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs in englischer Übersetzung hätten (was ich bei der Tagung vor vier Wochen in Guangzhou erfahren hatte), er solle mal den „kleinen Dienstweg“ nutzen, aber das hat nicht geklappt. Angeblich ist die Mail nie angekommen. Derlei „Selbsttätigkeit“ ist nicht gefragt. Ob sie heute wohl den „amerikanischen Krieg“ (wie sie ihn nennen) noch gewinnen würden?

Wir kommen nach gut einer Stunde ins schöne Hotel Mövenpick, wo Jörg Bergstermann von der Ebert-Stiftung samt Tochter Jana praktisch gleichzeitig eintrifft. Wir mögen uns, und deshalb habe ich ja auch keine wirklichen Konsequenzen aus dem „vergifteten Futter“ gezogen.

Ich bekomme ein Programm, das inhaltlich, d. h. bezüglich der Seminare lauter Lücken aufweist. Nur für die erste Veranstaltung ist was über die Inhalte gesagt. Ein Vertreter des Arbeitsministeriums (MOLISA) soll über den neuesten Entwurf vom April 2011 referieren, dann sollen der ABW und anschließend ich einen Kommentar abgeben. Ob der MOLISA-Vertreter wirklich kommt, ist aber m. E. noch offen; MOLISA hat sich geweigert, jemanden zu dem Seminar mit dem Sozialausschuss am Mittwoch zu schicken. Auf der Frage von Jörg, dass die Parlamentarier dann „sauer“ seien, antwortete der Leiter der Rechtsabteilung von MOLISA, die beiden Spezialisten würden ja eh nicht bei den Wahlen kandidieren, warum also seine Zeit mit ihnen verschwenden? Die Bereitschaft, sich von mir beraten zu lassen, ist gering. Sie beklagen sich zwar über das gigantische Ausmaß ihrer Arbeit, aber bei konkreten Unterstützungsangeboten weichen sie aus. Jörg kann der „Bestechungstheorie“ nicht viel

abgewinnen, das typische Entwicklungshelfersyndrom: Man will nicht einsehen, dass man im Grunde auf falscher Geschäftsgrundlage tätig wird und das Ganze für die Katz ist. Man denkt, man könne ihnen gute Ideen bringen und einen Beitrag zu einem besseren Vietnam leisten – aber in Wirklichkeit sind sie entweder nur an einem Ausflug an einen schönen Ort interessiert oder völlig unfähig, von den bisherigen geistigen und praktischen Üblichkeiten abzuweichen. Aber vielleicht bin ich auch ein bisschen zu streng – Säuernis verstellt manchmal den objektiven Blick.

Was die Amis machen, weiß er nicht. Auch ist natürlich nie in Erfahrung gebracht worden, was denn nun eigentlich die Partei für Beschlüsse zu den Streiks und zum Arbeitsrecht gefasst hat. Ich hatte einige davon in einem englischsprachigen Aufsatz gefunden, aber der vor einem Jahr geäußerte Bitte, die seither vorliegenden Beschlüsse mal durchzugehen, ist nicht Rechnung getragen worden. Dabei könnte man damit so prächtig argumentieren. Nunmehr muss ich also auf der Grundlage eines unbekanntem Entwurfs irgendwelche Kommentare abgeben. Wäre es da nicht besser, am Strand zu liegen? Ich teile die Menschen immer ganz grob in „Kommunikatoren“ und „Aktenmenschen“ ein, bei der FES in Hanoi gibt es nur solche der ersten Kategorie. Das ist auch ein wenig die Ursache für das zeitweise gespannte Verhältnis von Jörg mit Rudi Traub: Letzterer gehört mit seiner Gründlichkeit in die Kategorie der Aktenmenschen. Er hätte in der Zwischenzeit eine umfassende Aufstellung über sämtliche Erklärungen der Partei zum Arbeitsleben zurück bis 1970 erstellen lassen.

Am nächsten Morgen soll es um 7 Uhr 45 losgehen. Ich soll im FES-Wagen mit nach Cat Ba fahren, Jörg kommt auf dem Motorrad nach. Ich könnte mir auch einen späteren Start vorstellen, denn wir haben eigentlich kein Programm außer einer Besprechung um 16 Uhr und die Fahrt beträgt höchstens 5 Stunden. Aber das ist nun so vereinbart, und nur Experten mit hohem „Lästigkeitswert“ würden daran noch was ändern wollen. So gegen 10 Uhr Abends gehe ich in mein Zimmer und schreibe noch ein wenig Texte. Martin Wolmerath braucht dringend eine Kolumne, und ich habe das Thema „Todesstrafe gegen Bin Laden ohne Gerichtsverfahren“ (unter anderer Überschrift) ausgesucht. Es geht noch raus, ebenso Teil 4 des Tagebuchs als Ersatz für den auch hier nicht zustande kommenden Kontakt über Skype. Beim Ins-Bett-Gehen stelle ich fest, dass ich ja noch eine Art Amulett um den Hals habe: Li Xiaolu hatte mir eine kleine Kuh aus Stoff („nju“- ich erkannte das Zeichen) zum Abschied geschenkt; wenn man es trägt bringt es Glück. Ist es nicht wichtig, es gerade auf den nicht ungefährlichen Weideplätzen zu tragen?

8. Mai

Ich hatte den Wecker auf Viertel vor 7 gestellt, aber es war überflüssig: Kurz nach 6 Uhr rasselte der hoteleigene Wecker und da schläft man nicht mehr. Wie kann man sicherstellen, dass kein solcher Weckruf erfolgt? Ich will nicht systematisch Negativerfahrungen sammeln, aber das Amulett ziehe ich wieder an.

Blick auf die Straße; es ist Sonntag Früh. Kaum Motorräder und noch weniger Menschen – ein ungewöhnlicher Anblick in Hanoi. Ich packe erst mal den Koffer, jeden Tag Aus- und Einchecken behagt mir wenig, aber es ist halt so. Hervorragendes Frühstück; es gibt sogar – bei Mövenpick an sich nicht überraschend – echtes Birchermüsli. Das Obstangebot ist viel reicher als in meinem chinesischen Hotel. Um 7 Uhr 45 dann Auschecken; ich muss ein Bier bezahlen, aber sie nehmen keine Yuan. Die Dongs sind im Koffer, Phuc legt das Geld aus.

Auf der Fahrt nach Cat Ba rede ich länger mit einer jungen Mitarbeiterin der Stiftung, Frau Hanh. Sie ist 25, sieht aber mindestens 8 Jahre jünger aus, und spricht ein ziemlich akzentfreies Deutsch einschließlich Umgangssprache (Echt? fragt sie manchmal). Wir reden über meine China-Erfahrungen und dass die Probleme hier ähnlich seien. Die Vorstellung, dass ich mal was über „Marx heute“ erzähle, wird mit Interesse aufgegriffen. Phuc meint, das könne auch die Parteihochschule in Hanoi interessieren. Ich betone, ich müsse aber als unabhängiger Wissenschaftler auftreten, nicht als SPD-Vertreter im Rahmen der Gespräche SPD – KP, sonst entstehe ein falscher Eindruck. Die junge Mitarbeiterin hat den Unterricht über Marx an der Uni in Vietnam durchaus positiv in Erinnerung; über die „Negation der Negation“ hatten sie geredet und manchmal hätte es auch Beispiele gegeben. Die hätten ihr immer am meisten eingeleuchtet. Sie erzählt, man stehe in Vietnam zwar auch in der konfuzianischen Tradition, aber ein Unterrichtsgegenstand sei Konfuzius nicht. Ich bringe meine Standardbeispiele über die unterschiedliche Denkweise (Die drei Wanderer „einer könnte mein Lehrer sein“ und: „Er weiß dass es nicht geht und macht trotzdem weiter“), sie findet das höchst interessant. Perspektiven hat die KP Vietnams eigentlich keine. Gestern Abend auf der Fahrt vom Flughafen in die Stadt hatte man da und dort Fahnen mit Hammer und Sichel gesehen. Auch jetzt in Dörfern und kleineren Städten verschiedentlich eine vietnamesische Fahne und Transparente – Symbole wofür? Juristen würden das mit den gerechten dispositiven Vorschriften im BGB vergleichen, die alle durch AGBs ausgehebelt

sind. Die Häuser erinnern mich an die schöne Geschichte von Yufei: Eine Studentengruppe der Bei Wai war mal nach Vietnam gefahren und mit dem leicht ironischen Spruch zurückgekommen: „Das war eine wahrhaft patriotische Reise“. Das chinesische Nationalgefühl wurde gestärkt, weil man „China vor 30 Jahren“ gesehen habe. Ich finde das etwas übertrieben, „20 Jahre“ wäre korrekt. Es gibt eine einleuchtende wissenschaftliche Untersuchung, die das auf das schlechte Funktionieren des vietnamesischen Regierungssystems zurückführt, wo immer wieder alles von vorne diskutiert werde. Die Ausgangsbedingungen 1979 bzw. 1986 (Doi Moi) waren durchaus vergleichbar, was Lebensstandard und Bildungsstand der Bevölkerung anging.

Wir nähern uns der Halong-Bucht und sehen die unendlich große Zahl von bizarren Felseninseln. Bald werden wir die Fähre erreichen.

Die Fähre befördert Auto und Passagiere ungefähr eineinhalb Stunden durch die Welt der bewaldeten Felseninseln, die steil aus dem Meer ragen. Ich kannte sie, aber sie sind immer wieder beeindruckend. Dann kommen wir in Cat Ba, der größten Insel an, die bewohnt ist und sogar über einige Hotels verfügt. Auch hier überall kleine rote Fähnchen mit gelbem Stern und da und dort Transparente mit Aufschriften. In drei Wochen sind Wahlen. Phuc erklärt mir, man habe ein System der Mehrheitswahl, in jedem Wahlkreis seien zwei oder drei Abgeordnete zu wählen und es gebe zwei mehr Kandidaten. Die machen mit den Fähnchen und Transparenten Werbung für sich. Sicherlich ein vernünftiger Weg, um auf der Grundlage der sozialistischen Verfassung ein gewisses Maß an Pluralismus zuzulassen. Ob man darüber wohl in unserer Presse berichtet? In der „Jungen Welt“ vielleicht schon, aber sonst nirgends. Das passt doch nicht in das traditionelle Bild.

Auf der Fahrt erzähle ich Frau Hanh ein paar Witze über Ostfriesen und Dschukdschen (die russische Entsprechung); beides ist ihr neu und sie amüsiert sich köstlich. Sehr viele habe ich leider nicht auf Lager. Dann stellen wir fest, dass sie sich für die Frage der unterschiedlichen Lebenserwartung für Männer und Frauen interessiert. Diese wird hier in Vietnam darauf zurückgeführt, dass Frauen bessere Mittel haben, den Stress abzubauen: Sie reden sehr viel mehr als die Männer („ein Mann ein Wort, eine Frau ein Wörterbuch“ gilt auch in Vietnam, obwohl es den Ausdruck nicht gibt), sie gehen einkaufen und machen andere wenig stressige Dinge. Wenn Männer Stress hätten, würden sie das in sich reinfressen oder Alkohol trinken. Nicht ganz unplausibel. Ich erzähle ihr vom „Männlichkeitsideal“, das bei uns oft dem

Arztbesuch entgegensteht. Ob es viele alte Leute gebe wie Phucs Vater, der mitgekommen ist und 89 Jahre alt ist? Wenig, aber 80-Jährige seien keine Seltenheit. Die ganz Alten hätte ich mir angeschaut, die 95-jährigen, wie die leben: Meist hätten sie noch irgendeine Aufgabe und würden den Jüngeren Rat geben.

Wir kommen so gegen halb drei, gut eineinhalb Stunden später als geplant im Hotel an. Was soll's? Wir warten erst mal eine Weile, dann bekomme ich ein tolles Zimmer mit Blick übers Meer. Der Internetkontakt ist nicht herstellbar. Ich rufe bei der Rezeption an, recht schnell kommt jemand, der es auf dem gleichen Wege wie ich probiert. Nach einiger Zeit klappt es mit einem nicht hoteleigenen Wifi, ich versuche zu skypen, aber ohne Erfolg. Dann ist auch dieser Kontakt wieder weg, und ich bin von der großen weiten Welt abgeschnitten, ohne dass ich darüber traurig wäre. Phuc ruft an, die Vorbesprechung sei frühestens um 17 Uhr, wahrscheinlich erst nach dem Abendessen, ich solle mich gut ausruhen.

Um 17 Uhr 30 ist keine Vorbesprechung, dafür eine Fahrt auf den „Kanonenberg“, wo die Franzosen 1943 an strategisch günstiger Stelle Kanonen postiert haben, mit denen sie (angeblich) 40 km weit schießen konnten. Die Vietnamesen haben den Hügel dann bald erobert und die Franzosen damit traktiert. Das freut die nationale Seele.

Vor dem Abendessen geht Jörg noch kurz in sein Zimmer. Kurz darauf ist er wieder da und übergibt mir ein fest gebundenes Buch mit gelb-rot-schwarzem Einband, wo ganz oben „Wolfgang Werner Däubler“ draufsteht. Er hat veranlasst, dass mein in China veröffentlichter Text über deutsche Arbeitsbeziehungen ins Vietnamesische übersetzt wurde. Ich hatte zwar verschiedene Male so am Rande von dem Übersetzungsplan gehört, nicht aber von dem Buchprojekt. Eine wirklich gelungene Überraschung, man kann sich auf ihn halt doch verlassen. Und natürlich: das Amulett hat Glück gebracht.

Abends Gespräch mit Chinh (gesprochen: Tsching), dem stellvertretenden Vorsitzenden des ABW; ungefähr drei Stunden lang. Schade, dass man es nicht auf Band aufgenommen hat.

Wenn die Gewerkschaft in Vietnam streiken will, darf sie das (anders als in China). Aber sie muss zunächst ein längeres Schlichtungs- und dann ein Schiedsverfahren durchlaufen. Außerdem sind ihre betrieblichen Sprecher meist ins Management integriert und deshalb – vorsichtig gesprochen - wenig als Streikführer geeignet. Deshalb hat keiner der bisher

durchgeführten ca. 4000 Streiks die gesetzlichen Bestimmungen beachtet; alle waren „wilde Streiks“, wie die Konservativen bei uns sagen würden. Typischerweise hatten sie Erfolg – nicht immer zu 100 %, aber sie brachten sehr häufig erhebliche Verbesserungen. Unser Vorschlag war, der Gewerkschaft das Recht zu geben, einen Streik zu organisieren, auch ohne vorher die beiden Verfahren zu durchlaufen. Damit könnte sie die Belange der Beschäftigten aufgreifen. Die bisherigen Vorstellungen des ABW wollen das Schlichtungsverfahren aus dem Betrieb herausverlagern und dadurch wirksamer machen. Das ist alles. Man könne die Zahl der „wilden Streiks“ dadurch verringern. Wir meinen, dann bleibe der inoffizielle Streik immer noch das einfachere, schnellere und wirksamere Verfahren. Ja, aber die Verhältnisse würden eben eine andere Lösung nicht zulassen.

Was sind „die Verhältnisse“, will ich wissen. Chinh erzählt von einem Besuch beim Ministerpräsidenten. Der habe gesagt, wenn er Arbeiter gewesen wäre, hätte er noch viel früher und viel häufiger gestreikt. Da hätte man doch einen prima Verbündeten, sagte ich, aber Chinh meint trotzdem, für ein gewerkschaftliches „Wahlrecht“ zwischen Verfahren und sofortigem Streik gebe es unüberwindliche Hindernisse. Ein Beschluss des Politbüros? Nichts davon bekannt. Nur wenige Abgeordnete seien Gewerkschaftsmitglieder, noch weniger würden mit der Gewerkschaft sympathisieren. Man macht sich klein und schwach, damit man nichts tun muss, habe ich den Eindruck. Das Ganze ist eine letztlich unschlüssige Argumentation (was einem so in China nicht widerfahren würde).

Die Gewerkschaft sei auch keine reine Interessenvertretung der Arbeitnehmer; sie müsse auch das gute Funktionieren der Gesamtwirtschaft und das gute Investitionsklima im Auge haben. Ich sagte zunächst, wir hätten einen anderen Gewerkschaftsbegriff, auch die ILO würde das anders sehen, im Grunde könnten sie in Genf die vietnamesischen Arbeiter nicht vertreten. Ich weiß nicht, ob es wirklich übersetzt wurde, das war ziemlich massiv (und ich hätte es den Chinesen nie gesagt), aber es erfolgte keine explizite Reaktion von Seiten Chinh.

„Hilfsweise“ sage ich, dass ich diese Funktion der Gewerkschaft im staatlichen Sektor nachvollziehen könne, nicht aber in der Privatwirtschaft, insbesondere nicht bei den FDI-Unternehmen (Foreign Direct Investment). Sie würden nach kapitalistischen Prinzipien funktionieren, und da müsse die Gewerkschaft – wie man schon bei Marx nachlesen könne – ein kämpferisches Gegengewicht darstellen. Man lebe in einer Marktwirtschaft „mit sozialistischer Orientierung“, war die Antwort, das sei eben anders. Ich meinte, die sozialistische Orientierung mache sich doch nicht bemerkbar, wenn man für den Mindestlohn

von 40 Euro plus 10 % (so die Regel) bei einem ausländischen Unternehmen arbeite – das sei ganz traditionelle Ausbeutung. Darauf gab's keine Antwort – wenn man so will, zweite Inkonsistenz der Argumentation.

Wie wäre es, wenn die gewerkschaftlichen Verhaltensweisen im privatkapitalistischen Sektor eben andere wären als im staatlichen? In der Theorie hätte ich Recht, „aber so weit sind wir noch nicht“. Auch das kennt man; wer Schlechtes kritisiert oder einen konkreten Vorschlag macht, wird auf eine ungewisse Zukunft vertröstet, ohne dass man sagt, weshalb es in der Gegenwart nicht geht („Lieber Freund, Deine Kritik ist ja nicht ganz dumm und man kann sie nachvollziehen, aber muss sie gerade jetzt kommen, wo wir so viele andere Sorgen haben?“ – das Argument habe ich so manches Mal gehört).

In Vietnam könne eine solidarische Interessenvertretung nicht funktionieren, meint Chinh. Er erzählt einen Witz. Wenn man zehn Chinesen einsperre und einer entkomme, setze er alles daran, die übrigen neun auch zu befreien. Wenn man zehn Vietnamesen einsperre und einer ausbrechen wolle, würden ihn die andern davon abhalten. Alle lachen über die im Grunde selbstquälerische Betrachtung, irgendwie scheint man schlechte Erfahrungen mit dem verbreiteten Egoismus zu haben. Als die Freude über den Witz etwas abgeebbt ist, werfe ich ein, den „amerikanischen Krieg“ hätte man doch wohl nicht ohne Solidarität gewonnen. Ja, aber das sei ein anderer Lebensbereich, bekomme ich zur Antwort, aber das leuchtet mir nur sehr beschränkt ein: Gerade wenn's um Leben und Tod geht, kann der Gedanke nahe liegen, sich ins Gebüsch zu verflüchtigen und die anderen für das nationale Interesse kämpfen zu lassen. Auch sind die spontanen Streiks deutliche Zeichen von Solidarität, jedenfalls innerhalb einer Belegschaft.

Nächstes Thema sind die Betriebe ohne Gewerkschaftsgruppe – ungefähr die Hälfte von denen, die unter das Gewerkschaftsgesetz fallen. Es gibt verschiedene Modelle – natürlich sind sie dafür, dass die Gewerkschaft auf höherer Ebene ein ausschließliches Verhandlungsrecht bekommt. Mir kommt die Sponti-Formulierung in den Sinn: „Jede Belegschaft muss ein Recht auf eigene Arbeiterverräter haben“, aber ich behalte die Idee für mich.

Chinh erzählt von Maßnahmen, die man zugunsten der niedrig Verdienenden ergriffen habe. Überall habe man Stromzähler eingerichtet und per Anordnung festgelegt, dass Vermieter nur

den von ihnen festgelegten Strompreis in Rechnung stellen dürften. Außerdem sei der Mindestlohn heraufgesetzt worden. Noch ein paar Maßnahmen werden genannt. Jörg will wissen, weshalb sich der ABW dies nicht auf die Fahnen geheftet und deutlich damit geworben habe – letztlich gibt's keine befriedigende Antwort. Im Grunde wäre so etwas „Selbsttätigkeit“, und die ist dieser Organisation aus Gewerkschaftsfunktionären mit Beamtenstatus (das ist keine Polemik sondern Realität) völlig fremd. Anders als lobbymäßig zu handeln, verstößt gegen eingefahrene Verhaltensregeln. Ich habe zu wenige Erfahrungen mit den Syndikaten während der Franco-Zeit in Spanien – vermutlich hätte man da ähnliche Argumentationsstrukturen gefunden. Das ist natürlich ein diffamierender Vergleich, ich bringe ihn ja auch nicht in die Diskussion ein, aber ich denke ein wenig darüber nach.

Ich will wissen, was mit den drei Streikagitatoren geschehen sei, von denen ich gehört hatte. Sie hatten in drei verschiedenen Betrieben Arbeiter zum Streik aufgefordert – wohl erfolgreich – das wurde aber nicht deutlich. Sie seien von einem „Komitee zum Schutz der Arbeiter“ aus Polen geschickt worden, sagt Chinh, bei dessen Gründung Walesa beteiligt war. In Malaysia und Thailand seien sie ausgebildet worden, wie man am besten Streiks organisiere. Das Ganze habe wohl der CIA finanziert. 23 Jahre Gefängnis hätten sie zusammen gekriegt, einer 9 Jahre, die andern beiden je 7 Jahre, macht zusammen 23. Welcher Straftatbestand als erfüllt angesehen wurde, lässt sich nicht rauskriegen, Chinh weiß es nicht; vermutlich Vorbereitung zum Hochverrat.

Sie hätten die Unzufriedenheit der Arbeiter ausgenutzt; ich sage, man müsse eben die Unzufriedenheit verhindern, dann könnten solche Leute nichts ausrichten. Solidarnosc sei im Übrigen in Polen gar nicht mehr bedeutend, die alten Gewerkschaften seien im Vergleich zu ihr viel wichtiger. Ich habe die Solidarnosc nie gemocht mit ihrer klerikalen Ausrichtung, deren Grenze zu faschistischen Auffassungen fließend war (und ist). Das eigentliche Problem war die Unfähigkeit der (wie hieß sie doch noch?) Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, gegen diese Brut der Kaczinskis und vergleichbarer Typen etwas auszurichten. Wahrscheinlich haben sie sich genau so dumm wie bisher die Vietnamesen verhalten.

Wir gehen gegen halb elf ins Bett; ich schaue noch in den Computer und schreibe etwas Tagebuch.

9. Mai

Um 6 Uhr bin ich wach; dieses Mal ohne hoteleigenen Wecker. So schrecklich gut habe ich nicht geschlafen. Natürlich ziehe ich wieder das Amulett an und mache gegen halb sieben einen Spaziergang über die Strandpromenade. Es ist schon jetzt recht schwül und feucht; kaum ein Windchen. Ein Glück, dass die Räume angenehm klimatisiert sind.

Frühstück, es gibt sogar Kaffee und Obst, aber nicht wie im Mövenpick, höchstens zwei Sterne.

Um 8 Uhr 30 beginnt das Seminar.

Der Vertreter von MOLISA ist doch gekommen und referiert über den aktuellen Entwurf und die dabei noch strittigen Fragen. Sieben sind noch offen, über die ich nachher einen „Kommentar“ abgeben muss. Es könnte eine Wiederauflage der Diskussion von gestern Abend sein, wird es aber nicht.

Ich beginne meinen Beitrag mit der Feststellung, ich würde nicht als Diplomat sprechen, sondern deutlich meine Meinung sagen. Sie sollten mir bitte meine Offenheit nicht übel nehmen. Im Übrigen habe man schon vor vier Jahren über genau die gleichen Probleme diskutiert. Die Aussage des Ministerpräsidenten (die auch hier wiedergegeben wurde) würde ich voll unterstützen. Wenn ich vietnamesischer Arbeiter wäre, hätte ich aber zusätzlich noch eine gewaltige Wut im Bauch über die betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre, die nichts für meine Interessen getan hätten. Die auf höherer Ebene, die ja durchaus loyale Interessenvertreter seien, hätte ich ja nie kennengelernt. Dann habe ich noch ein wenig mehr losgelegt zu den 7 Punkten, die Chinh genannt hatte.

(1) Wer könne auf Arbeitgeberseite auftreten? 300 Verbände gebe es, hatte der Vertreter von MOLISA gesagt, ich betonte, es sei doch eigenartig, dass die Arbeitnehmerseite nur eine Organisation, die ändern aber so viele hätten. Chinh korrigierte dies nachher: Die Verbände seien alle Mitglieder in der Kammern des VCCI und des VCE, was mir ganz recht war. Ich hatte vorgeschlagen, wie in Slowenien die Kammern zu Tarifparteien zu machen, was einen fast 100 % igen Deckungsgrad zur Folge hatte.

(2) In Unternehmen ohne Gewerkschaft könne man z. B. im Anschluss an einen Streik einen Ausschuss wählen, der dann ausschließlich die Arbeitnehmerinteressen vertrete. Wenn die Gewerkschaft wolle und der Ausschuss dies wünsche, könne ja die Gewerkschaft als Vermittlungsorgan (als das sie sich empfindet) hinzutreten. Das passte Chinh natürlich nicht, denn er wollte ein automatisches Mandat der Gewerkschaft der nächsthöheren Ebene. Dabei war plötzlich nur noch von „Interessenvertretung“ die Rede, obwohl dies doch nur ein Ziel unter mehreren ist.

(3) Branchentarifverträge seien gut, man müsse nur dafür sorgen, dass praktisch alle Unternehmen der Branche erfasst sind, nicht wie in der vietnamesischen Textilindustrie nur die staatlichen, in denen es sowieso gute Arbeitsbedingungen gibt. Auch müsse man sich daran gewöhnen, mit der Gesetzgebung auch mal den Unternehmen ein wenig weh zu tun.

(4) Über 400 Überstunden im Jahr (statt bisher 200) soll es geben, weil die Unternehmer, aber auch viele Arbeitnehmer das so wollten. Das war seit dem Entwurf 2009 drin. In der Diskussion hatte einer erzählt, die Arbeiter würden oft von 7 bis 24 Uhr arbeiten, ich hatte 2009 ähnliches gehört. Das sei ein Problem der Bezahlung, sage ich. Wer so wenig verdiene, dass er vom Mindestlohn plus 10 % nicht leben könne, mache eben Überstunden, bis es nicht mehr gehe. Von Freiwilligkeit könne nicht die Rede sein. Im Gegenteil würden Bedingungen geschaffen, wie sie Marx und Engels für das England des 18. und 19. Jahrhunderts beschrieben hätten. Das sei nicht „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ sondern „Marktwirtschaft mit frühkapitalistischer Orientierung“. Heftiges Kopfnicken zumindest bei der Hälfte der Teilnehmer, ich bin positiv überrascht. Nju hat ihre Wirkung getan.

(5) Altersgrenze bei der Rente. Ich könne nicht erkennen, weshalb Frauen früher in Rente gehen sollten, zumal sie eine höhere Lebenserwartung hätten. Wichtig wäre aber, nach der bisher ausgeübten Arbeit zu differenzieren. Manche sind mit 55 – etwa nach langjähriger körperlicher Belastung – schon fix und fertig, andere wie z. B. Richter könnten mit 60 noch ohne Schwierigkeiten weitermachen.

(6) Bei der Leiharbeit verweise ich auf chinesische Erfahrungen: Auch bei guten rechtlichen Rahmenbedingungen muss es eine Kontrollbehörde geben, die weiß, wer als Verleiher tätig ist. Deshalb eine allgemeine Genehmigungspflicht.

(7) Arbeitskonflikte. Im Grunde Wiederholung des gestern Abend Gesagten. Mit der bloßen Modifizierung des Verfahrens verhindere man keinen einzigen „wilden“ Streik.

Die Reaktion ist überraschend positiv, soweit man das aus den Gesichtern ablesen kann. Chinh lässt allerdings die vorgesehene Diskussionszeit bis zur Mittagspause von etwa einer halben Stunde ausfallen. Ich muss etliche Bücher signieren. Chinh versucht bei Wiederbeginn, von meinem Beitrag abzulenken. Da aber nach dem Mittagessen alle müde sind (ich selbst habe nichts gegessen), kommt nichts zu den Fragen, die er genannt hatte. Ich fordere deshalb meinerseits zu Stellungnahmen auf und prompt kommt eine von einem anwesenden Abgeordneten aus dem Sozialausschuss der Nationalversammlung. Er beschwört die heftigen Schäden von Streiks, die bis zum Verlust der Arbeitsplätze und zum Bankrott führen könnten. Ich gebe meiner Freude Ausdruck, auch einen Arbeitgebervertreter hier zu haben (was ihn ärgern muss), und erkläre ihm alles, was so zu Streiks Schäden zu sagen ist. Erst nach einiger Zeit meldet er sich wieder mit recht gewundenen Erklärungen. Im Übrigen viele Beiträge, auch aus Ministerien, die alle für den Wegfall der umständlichen Verfahren beim Streik plädieren. Eigentlich ein erfreulicher Erfolg; selbst Chinh erklärt dies für möglich, obwohl er morgen sicher wieder das Gegenteil sagen wird. Die „frühkapitalistische Orientierung“ hat mir niemand übel genommen.

Anschließend kommt ein dreiviertelstündiger Bericht über die Novellierung des Gewerkschaftsgesetzes. Alle kämpfen mit dem Schlaf, mich eingeschlossen; die verbleibende Diskussionszeit fällt aus.

Um halb sieben ist Abendessen.

Abends noch Spaziergang mit Jörg und dem Projektassistenten Alex ins Dorf. Gemütliche Unterhaltung. Ein Vietnamese massiert von sich aus Jörg, gewissermaßen eine Geschäftsführung ohne Auftrag, aber er bekommt am Ende 25.000 Dong, also rund 2 Euro. Ein einfaches, aber ganz sympathisches Feriendorf mit viel einheimischen, aber auch chinesischen Touristen.

10. Mai

Das Seminar soll schon um 8 Uhr beginnen, weil es um 11 Uhr wegen der langen Rückfahrt zu Ende gehen soll. Chinh ist nicht da; er ist überraschend zum Gewerkschaftsvorsitzenden nach Hanoi gerufen worden. Die Diskussion wird von Vy geleitet, stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung im ABW, der viele Sympathien für meine Position hat. Es gibt eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, relativ lang und sehr assoziativ. Prämien als Streikziel zu verlangen, sei doch Unsinn, sagt der Abteilungsleiter Recht im Büro des Ministerpräsidenten. Und außerdem sei dies – aus welchen Gründen auch immer – nicht rechtsstaatlich (wohl weil 's eben nicht vom Staat verkündet wurde). Andererseits sei es nicht Aufgabe der armen Vietnamesen, dafür zu arbeiten, dass die Reichen noch reicher würden. Man müsse auf der Arbeitgeberseite mit den richtigen Personen verhandeln usw. Er steigert sich in eine richtige Volksrede hinein, wenn nur ein roter Faden ersichtlich wäre... Ein anderer beklagt sich darüber, dass Rechtsnormen, die nichts taugen, umgesetzt würden, die guten aber nicht. Oft würden z. B. keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt, da könne man nichts machen. Im Übrigen sei eben die Funktion der Gewerkschaften als Vermittlungsorgan „historisch gewachsen“. Ein Gewerkschaftsvorsitzender aus der Provinz berichtet, es seien Fälle bekannt, in denen Arbeiter, die nicht mitstreiken wollten, Drohungen bekommen hätten. Von Drohungen der Arbeitgeberseite spricht er nicht. Er ist dafür, die Zuständigkeiten der überbetrieblichen Gewerkschaftsorganisation zu erweitern. Bisher hatte die Gewerkschaft das Recht, die Einhaltung von Vorschriften (z. B. über den Arbeitsschutz) zu kontrollieren. Nunmehr soll sie nur noch bei der staatlichen Kontrolle mitwirken, was aber keinen Widerspruch hervorruft. Ein anderer verweist darauf, oft würde auch bei Rechtskonflikten (der Arbeitgeber befolgt z.B. das Arbeitsschutzrecht nicht) gestreikt, was im Gesetz aber gar nicht vorgesehen sei. Dort stehe nur (was stimmt), dass die Behörde eine Lösung suchen müsse.

Ich greife mir die beiden letzten Punkte raus. Eigene Kontrollrechte der Gewerkschaft seien eine gute Sache. Ich erwähne, dass in Europa überall dort, wo wie in Belgien und Schweden der Organisationsstand der Gewerkschaften noch hoch sei, diese die Sozialversicherung verwalten würden. Die Nichtorganisierten hätten zwar dieselben Ansprüche, aber dennoch würde man der Gewerkschaft beitreten. In Schweden hätten die Gewerkschaften außerdem das Recht, im Streitfalle den Inhalt des von ihnen abgeschlossenen Tarifvertrags zu

bestimmen. Der Arbeitgeber müsse seine abweichende Auffassung erst vor Gericht durchsetzen.

Zum Rechtsverstoß des Arbeitgebers: Hier gebe es eine allgemeine vertragsrechtliche Befugnis, die Arbeitsleistung zurückzuhalten, das sei kein Streik, sondern die gemeinsame Ausübung vertraglicher Rechte. Das sehen sie alle irgendwie ein. Ich habe es schon 2002 oder 2003 erzählt, man kann es auch mit einigem guten Willen aus dem Gesetz herauslesen, aber wirklich begriffen haben sie's nicht. Gemeinsame Zurückbehaltung der Arbeitskraft? Dazu aufzufordern? Dazu gibt es doch keine Richtlinie oder sonst irgendeine eindeutige Grundlage, also bleibt es eine theoretische Erwägung. Eigenes Handeln außerhalb von Besprechungen ist ihnen fremd.

Eingangs hatte ich einige sozialistische Reminiszenzen gebracht – freie Entfaltung aller stehe im Kommunistischen Manifest, auch habe man in den Fünfziger Jahren in der DDR noch nach der Devise zu handeln versucht, alle schöpferischen Kräfte zu mobilisieren, doch das sei hier alles nicht mehr. Nachher umarmen mich einige Leute irgendwie demonstrativ bei der Verabschiedung und lassen sich mit mir fotografieren – sozialistisches Gedankengut in der Illegalität in der „Sozialistischen Republik Vietnam“.

Jörg hält ein mich ein wenig überraschendes Schlusswort. Er mache sich Sorgen um den ABW, die Streiks würden weitergehen; wenn man so weitermache wie bisher, gehe es abwärts mit den Gewerkschaften. Das Entwicklungshelfersyndrom ist im Abbau begriffen. Warum mit solchen Leuten weiter Seminare machen? Vielleicht müssen erst mal selbst die Wächter am Ho Chi Minh Mausoleum streiken, bis Politbüro und ABW aufwachen und sich den Problemen stellen.

Vy hält noch eine lange Abschiedsrede; er spricht genauso assoziativ wie die anderen. Da und dort leuchtet der Gedanke auf, man könne sich auch andere Arbeitnehmervereinigungen als Gewerkschaften vorstellen, aber es wird nicht näher ausgeführt. Wäre ja auch ein Wunder, wenn man wirklich damit einverstanden wäre, dass man selbst jeden Tag vorgeführt wird.

Abfahrt nach dem Mittagessen, wir sind zu spät dran, der Fahrer fährt wie ein Henker. Auch muss er zwei Mal umkehren, weil er sich verfahren hat. Phuc ruft bei der Fähre an; sie sollen zehn Minuten warten. Hier funktioniert der kleine Dienstweg dann doch wieder. Wir kommen

an, als die Fähre noch gar nicht da ist – allerdings ist es Viertel nach eins, und um eins sollte sie fahren. Schöne Überfahrt, ich sitze im Schatten; in der Nähe ein Haufen von Vietnamesen, die Karten spielen. Ein Junge, vielleicht 4 Jahre, mit einem Spielzeug-MG; er ballert auf jeden. Der Anschluss an die in den USA gemachte Weltkultur ist gefunden.

Auf der Rückfahrt mit dem gut klimatisierten Wagen der Stiftung frage ich Phuc, wie damals die Geschichte mit der Abfindung ausgegangen sei. Als ich im Sommer 2009 da war, hatte ich im Fall einer Kollegin von Phuc ein Gutachten geschrieben, die bei Oxfam, einer Gutes tuenden gemeinnützigen Organisation ausgeschieden war. Nach ihrem Arbeitsvertrag sollte sie eine schöne Abfindung bekommen; Oxfam berief sich aber stattdessen auf die aktuelle gesetzliche Regelung, die sehr viel schlechter war. Der Fall war nicht ganz eindeutig, aber ich kam ohne Verrenkungen zu dem Ergebnis, dass die höhere Abfindung geschuldet war. Das nützte allerdings wenig, weil Oxfam zwei Vietnamesen, darunter einen Professor an der Rechtshochschule, gefunden hatte, die das Gegenteil behaupteten. Wir hatten auch über informelle Wege gesprochen; schließlich haben die internationalen Organisationen eine Art Aufsichtsbehörde, die für die Einhaltung von Recht und Gesetz und auch sonst für gutes Verhalten der Ausländer sorgen muss. Die Intervention war aber wohl nicht sehr erfolgreich, denn es kam zum Prozess. Die Kollegin gewann in beiden Instanzen, aber blöd seien sie die Richter und würden von der Sache nichts verstehen. Man habe sich von einem Richter am obersten Gerichtshof beraten lassen (ginge bei uns nicht), das sei recht nützlich gewesen. Sie habe ihr Geld bekommen, aber Phuc wollte partout nicht von einem Erfolg sprechen. Zwei Anwältinnen hätten die Leute von Oxfam gehabt, die Kollegin eine; die Gewerkschaft hätte ihr Anliegen nur halbherzig unterstützt. Vermutlich haben die Richter die Hand aufgemacht, so dass nicht mehr viel von der Abfindung übriggeblieben ist; sonst wäre die Kritik schwer verständlich. Ich habe jedenfalls für mein (französisch geschriebenes) Gutachten kein Geld bekommen (und auch keines verlangt).

Abends in Hanoi ein Treffen mit Loi, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses der Nationalversammlung, und Ngui, einem dort tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Wir essen in einem japanischen Restaurant zu Abend, recht schmackhaft. Thema der Besprechung: Das Seminar mit dem Sozialausschuss in den nächsten eineinhalb Tagen. Loi will, dass ich mindestens ein Drittel der Zeit bestreite und dabei seine Auffassung propagiere. Er hat eine andere Position als der ABW. Wenn es in einem Betrieb keine Gewerkschaft gebe, solle man einen Betriebsrat nach deutschem Vorbild wählen. Dies würde

er angesichts seiner deutschen Erfahrungen sehr begrüßen. Der Betriebsrat solle auch Tarifverträge abschließen können, aber vor einem Streikrecht schreckt er irgendwie zurück.

Ist so ein Betriebsrat mit allen seinen Mitbestimmungsrechten nicht für den Arbeitgeber sehr viel lästiger als eine pflegeleichte ABW-Gewerkschaft? Würde das nicht dazu führen, dass alle Arbeitgeber, in deren Belegschaft es ein wenig rumort, erst mal eine Gewerkschaftsgründung initiieren würden, um das bei weitem größere Übel zu vermeiden? In Mexiko gibt es die Praxis, durch Gründung von Scheingewerkschaften die Bildung von wirklichen Gewerkschaften zu verhindern; das würde hier auch passieren. Erst meint er, es sei doch prima, wenn man fast überall ABW-Gewerkschaften habe, dann besinnt er sich anders: Wenn von 100 Beschäftigten nur 10 eine Betriebsgewerkschaft wollten und 90 einen Betriebsrat, müssten sich natürlich die 90 durchsetzen. Also ein generelles Wahlrecht nach dem Mehrheitsprinzip? Wenn ja, weshalb nur in Betrieben, wo es bisher keine Betriebsgewerkschaft gibt? Das hat er sich ersichtlich noch nicht überlegt. Ich soll das jedenfalls morgen propagieren (mit welchem konkreten Inhalt auch immer), das erwartet er von mir. Er legt mir immer wieder Fleischstückchen vom Grill auf den Teller, ein untrügliches Zeichen von Wertschätzung. Bei den Überstunden will er eine tägliche und wöchentliche Obergrenze einführen; das steht so – wie ich später feststelle – auch im aktuellen Entwurf. Gut schlafen solle ich, damit ich morgen auch gut drauf sei.

11. Mai

Um 8 Uhr 30 sind wir beim Sozialausschuss, wo wir neben Loi auch den Vizeminister Hung von MOLISA vorfinden. Ich kenne ihn von früheren Aufenthalten. Beim ersten Treffen (er war noch nicht Vizeminister, sondern Abteilungsleiter) unterzog er mich einem richtigen Examen und fragte mich u. a., ob es auch in China einen Mindestlohn gebe. Ich wusste, dass er auf Provinzebene existiert, und das war so etwas wie ein „bestanden“. Wir hatten dann hin und wieder in der Folgezeit einen nützlichen Gedankenaustausch, freilich nie ohne Dolmetscher. Einmal sagte er, in den Textilfabriken sei keine Arbeiterin über 30, weil es niemand länger aushalte; das müsse nicht immer so bleiben. Bei der Vorlage des Entwurfs 2009, den ich gründlich kritisiert hatte, trat er dem Argument entgegen, ich hätte keine Ahnung von Vietnam; ich hätte sogar schon in einer vietnamesischen Zeitung geschrieben. Auf der anderen Seite hatten wir ein gemeinsames Abendessen bei ihm zu Hause vereinbart, doch machte er die Einladung nach der kontroversen Diskussion wieder rückgängig („bei

Ihrem nächsten Besuch“). Es war doch wohl nicht mehr so ganz angemessen, so viel Nähe zu dokumentieren.

Dieses Mal war er freundlich, beteiligte sich freilich praktisch nicht an der Diskussion. Loi eröffnete; die Verabschiedung des neu gefassten Arbeitsgesetzbuchs sei für September 2011 vorgesehen, die bevorstehenden fünf Monate gingen schnell vorbei. Man sei in den letzten Jahren kaum vorangekommen, eine mich überraschende Selbsterkenntnis. Dann kam Jörg mit seiner Eröffnungsrede; seit drei Jahren begleite man die Arbeiten am Entwurf eines Arbeitgesetzbuchs. Dieses sei besonders wichtig in einem Land, das auf dem Sprung zu einem Land mit mittlerem Einkommen sei. Man habe große Sorgfalt auf die Arbeiten an den Entwürfen verwandt – ich schreibe auf meinen Zettel ein „haha“. Es gehe jetzt um den „letzten Feinschliff“. Er wird dann aber wieder realistisch und verweist auf die 4000 Streiks, die am Gesetz vorbei durchgeführt worden seien. Er habe noch niemanden getroffen, der die Streiks verurteilt habe; also bestehe Bedarf, das Recht anzupassen. Auch das Lohngefüge entspreche nicht mehr den aktuellen Bedingungen. Mich kündigt er in berechtigter Vorausschau als Experten an, der ein wenig provoziere und zum Nachdenken anregen wolle.

Dann berichtet der Vertreter von MOLISA, der auch auf dem ABW-Seminar gewesen und der überraschenderweise doch anwesend war, über den Stand der Vorarbeiten am Entwurf, meist etwas formal: Wie viele Artikel geändert und hinzugefügt, wie viele unverändert geblieben seien. Er nennt die Themen, die behandelt wurden, aber nicht die inhaltlichen Veränderungen. Es gehe u. a. um den „Schutz von Gewerkschaftsfunktionären“, um Streik und Individualkonflikte, um den schriftlichen Arbeitsvertrag, der Voraussetzung für die Anwendung des Arbeitsrechts sei.

Dann kommt ein früherer Mitarbeiter von MOLISA, der jetzt bei einem Forschungsinstitut ist. Er hat damals 2009 den üblen Entwurf verteidigt, mit viel rhetorischem Aufwand und ohne Substanz. Weil Vietnam aufsteige zu einem Land mit mittlerem Einkommen, sei das Arbeitsgesetzbuch nunmehr ein „zu kleines Hemd“ geworden, schönes Bild, das aber lediglich die inhaltliche Auseinandersetzung erschwert. Beim geltenden Arbeitsgesetzbuch habe es 30 Entwürfe gegeben, jetzt sei man erst beim vierten. Wichtig seien die Kriterien für die „richtige Richtung“; dazu gehöre eine „harmonische Beziehung“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitsmarkt. Würden eigentlich auch Leute mit einem Tageseinkommen von 15.000 Dong unter das Arbeitsrecht fallen, von dem sie sich nur eine Suppe leisten könnten? Er

tendiert wohl eher zu einer negativen Antwort. Zu den Überstunden seien die Leute ja bereit, also warum nur 300? Wenn es den Unternehmen schlecht gehe, kümmere sich niemand um sie; wenn es ihnen gut gehe, müssten sie alle möglichen Pflichten erfüllen. Dies ist das „vergiftete Futter“ auf diesem schrecklichen Weideplatz. Am Ende verbünde ich mich noch mit den Solidarnosc-Rattenfängern, emotional hätte ich direkt Lust dazu. Und Loi hat mir bisher keinerlei Chance gegeben, irgendetwas zu sagen; von „einem Drittel“ ist nicht die Rede. Von der Gleichberechtigung redet er auch noch und meint, wenn alle einverstanden seien, wäre doch alles in Ordnung; das sei die wahre Gleichberechtigung. Wenigstens ist er gegen die Abschaffung aller staatlichen Kindergärten. Der Zusammenhang mit dem Thema bleibt dabei allerdings im Dunkeln.

Ich kann nun zum weiteren Vorgehen etwas sagen. Ich sei seit 2007 immer wieder in Vietnam gewesen; ein schönes Land, unheimlich freundliche Leute, aber seit 2008 sei ich nicht mehr wegen des Arbeitsrechts gekommen. Es sei schade, dass man keine Videoaufnahmen von 2007 und 2008 habe, sonst könne man unschwer feststellen, dass man damals schon dieselben Fragen diskutiert habe. Die Ärgernisse:

Man habe häufig keine präzisen Informationen. Da ist von einem Entwurf vom Januar 2011 die Rede, dann in einem anderen Papier wieder vom April 2011. Niemand könne einem wirklich sagen, ob VCCI eigentlich auch die ausländischen Unternehmen vertrete. Beim ABW diskutiere man anderes als hier.

Die formalen Argumente (wie viele Artikel geändert) stünden im Vordergrund. Wenn man inhaltlich argumentiere, stoße man gegen eine Gummiwand. Man würde keine wirkliche Antwort auf die Überstundenfrage bekommen, wenn man insistiere, rede der Gesprächspartner einfach von etwas anderem.

Inhaltliche Kriterien seien völlig unbestimmt. Was bedeute denn „Harmonie“ zwischen abhängiger Arbeit und Markt? Das sei ein Modebegriff ohne Inhalt; seien denn 200 Stunden „harmonisch“ oder nicht doch 400, weil dann alle müde seien und sich kein Widerspruch mehr rege?

Ich erzähle, wie wir am Arbeitsvertragsgesetzentwurf des DGB gearbeitet hätten: Diskussion an einem Tag über ein bestimmtes Thema, jeder habe sich darauf konzentriert und sonst eins drauf gekriegt, lange Reden seien unerwünscht. Was einmal beschlossen worden sei, dürfe grundsätzlich nicht mehr in Frage gestellt werden.

Die Reaktion ist ähnlich wie beim ABW: Die ungewohnten Töne finden Zustimmung (zumal ich meine Wut ganz gut unterdrücke), aber es ändert sich nichts.

Loi ergreift dann das Wort und redet erst mal eine halbe Stunde über alles, was er sich so vorstellen könnte.

In der Pause Gespräch darüber, wie man weiter machen könnte. Ich werde einiges zum Arbeitnehmerbegriff los (auch wirtschaftliche Abhängigkeit soll genügen, ein fehlender schriftlicher Arbeitsvertrag ist ohne Bedeutung), aber Loi will unbedingt regeln, ob es ein Höchstalter für die Erwerbsfähigkeit gebe. Ich sage, das bestimme letztlich der Markt, entscheidend sei, dass mit der Rentenberechtigung das bisherige Arbeitverhältnis automatisch ende. Das ist wohl schon bisher so, wegen seines Statistikanliegens fällt ihm die Übernahme dieser Position aber sehr schwer.

Nach der Mittagspause ein Vortrag von Cuong, der ein Institut für Schlichtungswesen betreibt. Er bringt eine Menge kritischer Anmerkungen. Es gebe einen „Hauptwiderspruch“ zwischen dem Gesetz, das auf den Erwartungen der Bürger aufbaue, und der Realität. Angesichts schwacher Gewerkschaften gebe es z. B. keine Verhandlungen „auf Augenhöhe“. Wichtige Beispiele (er nennt sie Paradoxa):
Kein einziger der 4000 Streiks sei rechtmäßig gewesen, aber es sei auch keiner für rechtswidrig erklärt worden. Bei ihnen sei die stärkste Institution zur Konfliktsbewältigung, die Schlichtung, nicht einsetzbar.

Die Gewerkschaften hätten eine unterschiedliche Funktion in staatlichen und in FDI-Betrieben.

Die Tarifverträge würden in der Regel nur das Gesetz wiedergeben. Braucht man sie deshalb überhaupt?

Beim Mindestlohn sollte man privatwirtschaftlichen und staatlichen Sektor trennen.

Der Redner ist für die Schaffung einer staatlichen Behörde für Arbeitsbeziehungen.

Als nächster Redner kommt Bay, Richter am Obersten Gericht, der im Fall der Oxfam-Mitarbeiterin ein wenig geholfen hatte. Er redet so schnell, dass der Übersetzer meist nicht mitkommt. Verschiedentlich recht progressive Aussagen wie etwa die, der Streik sei ein anerkanntes Mittel des internationalen Rechts; es gebe keinen Grund, ihn zu verhindern. Klagen wegen der spontanen Arbeitsniederlegungen wurden immer als unzulässig abgewiesen, es handle sich ja um keine Streiks, eine höchst eigenwillige „Schützenhilfe“. Ohne schriftlichen Arbeitsvertrag sei das Arbeitsrecht nicht anwendbar; ich frage mich, weshalb der formlos beschäftigte Arbeitnehmer in einem solchen Fall keinen Schadensersatzanspruch hat. Nachhaltig beklagt er sich über die fehlende Professionalisierung der Richter an den „Arbeitsgerichten“, in Wahrheit bei den Kammern für Arbeitssachen an den Volksgerichten.

In der anschließenden Diskussion geht es um Rechts- und um Interessenkonflikte. Chinh beklagt die häufige Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen und übernimmt erstaunlicherweise meine These vom Zurückbehaltungsrecht an der Arbeitsleistung, wenn der Arbeitgeber seine gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten nicht erfüllt hat. Ich erkläre es nochmals eingehend, sie scheinen es so langsam zu verstehen.

Loi beklagt sich darüber, dass man nach Ablauf von drei Monaten schon wieder über einen neuen Tarifvertrag verhandeln könne. Das muss in der Tat nicht sein, wenngleich alle Länder mit einem Recht zum spontanen Streik diese Möglichkeit offenlassen.

Hung vertritt die nicht ganz blöde Auffassung, die Arbeitsbeziehungen seien als solche wichtiger als die Einzelregelungen z. B. über die Überstunden.

Eine Kollegin von der Rechtshochschule unterscheidet diverse Rechtskonflikte. Später plädiert sie dafür, die Zahl der zulässigen Überstunden zu erhöhen, weil die Arbeitnehmer dies selbst wünschen würden und weil es für die Unternehmen nicht leicht sei, Aufträge zu bekommen; hätten sie einen, müssten sie sehr schnell produzieren können.

Dann eingehende Diskussion, ob es eigentlich gerechtfertigt sei, im öffentlichen Dienst die Beamten nur 40 Stunden arbeiten zu lassen, während in der Privatwirtschaft 44 oder 48 Stunden gearbeitet werde.

Interessant der Gedanke, dass man bei der Dauer der Arbeitszeit auch die Arbeitsintensität berücksichtigen müsse. Loi vertritt den Standpunkt, die mögliche Belastung mit 472 Überstunden jährlich sei zu hoch und gesundheitsschädlich. Jörg verweist mit Recht darauf, es sei nicht einzusehen, dass die Sozialversicherungsbeiträge nur vom Grundlohn berechnet würden; damit würden die Überstunden zusätzlich privilegiert.

Morgen soll ich über „Arbeitsstandards“ referieren.

Draußen ist ein Wolkenbruch niedergegangen; es ist jetzt deutlich weniger schwül. Ich bin eine gute Stunde im Hotel, dann Abendessen zusammen mit Jörg, Joyce und Jana. Jörg fällt der Abschied von Hanoi schwer, ich schwärme ihm ein wenig von Lateinamerika vor, Spanisch sei vergleichsweise leicht zu lernen. Schließlich braucht man ja irgendwo eine positive Perspektive.

12. Mai

Um 8 Uhr 30 geht es los, aber die Hälfte der Teilnehmer (einschließlich Jörg) ist bei der Jubiläumsveranstaltung der Gewerkschaftshochschule.

Zunächst geht es um den Mindestlohn und seine Differenzierung nach „Regionen“, die aber nicht geographisch, sondern nach Lebenshaltungskosten differenziert sind. Ein Teilnehmer plädiert dafür, die Entscheidung den Provinzen zu überlassen, ein anderer meint, das zersplittere den Arbeitsmarkt.

Bay berichtet von den Kammern für Arbeitsrecht. 90 % aller Verfahren hätten mit Löhnen zu tun. Dabei betreffen 70 % der Streitfälle keine Niedrigverdiener. In einem Fall hätte der Arbeitsinspektor eine falsche Lohnberechnung korrigiert, die seit zwei Jahren praktiziert worden sei; von der Gewerkschaft sei während dieser ganzen Zeit kein Protest gekommen. Die Gewerkschaften seien so schwach, dass die Einführung von Tarifautonomie für die Arbeitnehmer eher gefährlich sei.

Man unterhält sich, ob Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge der arbeitsvertragliche Anspruch oder der ausbezahlte Betrag seien. Wenn man wie bei uns und in China auch formlose Arbeitsverträge anerkenne, meine ich, stelle sich das Problem nicht: Die

ausbezahlten Beträge hätten automatisch eine vertragliche Grundlage, es sei denn, es läge eine Fehlberechnung vor. Loi erzählt, bei der Rentenversicherung komme es auf den (schriftlichen) Arbeitsvertrag, bei der Krankenversicherung auf den ausbezahlten Betrag an. Irgendwie stochert man im Nebel. Außerdem hätten die Streiks ihre Grundlage nur darin, dass man den Mindestlohn nicht rechtzeitig angepasst hätte.

Ich bringe den Gedanken ein, man solle die höheren Vergütungen nicht mehr als Vielfaches des Mindestlohnes berechnen, sondern nach anderen Kriterien wie Erfahrung, Qualifikation, Belastung usw. festlegen. Andernfalls würde jede Erhöhung des Mindestlohns gleich eine enorme Anhebung aller Vergütungen zur Folge haben. Die Erhöhung habe aber nur den Sinn, die unteren Einkommensbezieher mit einem Lohnniveau zu versehen, dass sie wenigstens einigermaßen leben könnten. Das gilt nur für den Staatssektor, doch lässt sich bis auf Cuong im Grunde niemand darauf ein. Die Anwesenden dürften ja alle ein Vielfaches („Koeffizient“ genannt) des Mindestlohnes verdienen, weil sie Beamte sind. Da will man nicht am eigenen Konto sägen.

Man geht zu den „Arbeitsbeziehungen“ über: Arbeitnehmerorganisationen, Arbeitgeber und ihre Organisationen und Staat. Ich verweise auf die Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften; die Arbeitgeberverbände könnten im Gegensatz dazu ihre eigenen Interessen voll vertreten. Nur die Arbeitnehmerseite muss immer mit angezogener Bremse fahren. Hung meint, auch der VCCI sei ähnlich eingebunden wie die Gewerkschaften, doch muss er nach einigem Hin und Her eingestehen, dass dies für die Investorenverbände nicht gelte. Diese hätten allerdings auch andere Aufgaben; im Arbeitsgesetzbuch könne man deshalb nichts dazu regeln. Wenn man keine Argumente hat, mit denen man die evidente Ungleichheit widerlegen kann, dann ist man eben nicht mehr zuständig. Man sollte sie alle zusammen auf den Mond schießen und ihnen jedes Rückreisevisum verweigern.

Dann geht es um die Frage, neue Organisationen in Betrieben zu bilden, in denen es keine Gewerkschaften gibt. Loi vertritt jetzt anders als vorgestern Abend den Standpunkt, man könne die Bildung dieser (nichtgewerkschaftlichen) Vertretungen nicht im Arbeitsgesetzbuch regeln. Das gehöre ins Gewerkschaftsgesetz, das vom ABW derzeit ausgearbeitet wird. (Ob er sich wohl eine solche Laus in den Pelz setzen wird?). Im Arbeitsgesetzbuch könne man nur die „Arbeitsweise“ einer einmal gebildeten Vertretung regeln. Da hat es wohl einigen Telefonkontakt nach oben gegeben. Eine Teilnehmerin verweist zu Recht darauf, dies habe

doch keinen Sinn. Loi meint, man regle ja auch nicht die Bildung der Frauenvereinigung und anderer Massenorganisationen. Ich bezeichne die Gewerkschaften als „sozialpolitische Abteilung der Regierung“. Daneben müsse es auch eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer geben.

Ich bemühe mich ganz gegen meine Gewohnheit nicht mehr um Konsens. Diese Mischung aus grober Ignoranz und heimlicher Rückversicherung hängt mir zum Hals heraus; das ist Zeitvergeudung.

Nun soll ich doch noch ein Referat halten, so ungefähr eine halbe Stunde. Es war zwar anders vereinbart, aber was soll's.

Ich rede über die Streiks, sie seien das Hauptproblem, von dem sich alles andere ableite. Wenn der ABW nicht streikfähig werde, könnten die Streiks überhandnehmen. Vielleicht würden die Regierenden erst aufwachen, wenn im Raum (er hat keine Fenster) das Licht ausgehe, weil in der Energieversorgung gestreikt werde. Es wäre im Übrigen auch mal schön, nicht immer nur über die Streikenden, sondern auch mal mit ihnen zu reden. Ich erzähle von Osteuropa und Russland. Ein paar Leute und die Mafia würden ganz reich; ob sie wirklich wollten, dass so was auch mal in Vietnam geschehe?

Natürlich gibt's dazu keine Auseinandersetzung, auch keine Erwiderung. Loi liefert in seinem Schlusswort noch einige interessante Zahlen zu den Streiks: 2010 hätte es 420 Streiks (durchschnittliche Beteiligung 650 Personen) gegeben. In den ersten vier Monaten 2011 seien es schon 270 Streiks (durchschnittliche Beteiligung 500 Personen) gewesen. Das habe der Wirtschaft große Schäden zugefügt. „Der Wirtschaft“ ist eigentlich ein schöner Begriff; schlimm, wenn sich Leute bemühen müssen, ihren Grundlohn von 40 auf 50 Euro im Monat zu steigern.

Ein hoffnungsloser Fall. Die Neugestaltung des Arbeitsgesetzbuches solle die Streiks verringern; wenn es keinen mehr gebe, sei das Reformwerk ein großer Erfolg.

Gemeinsames Mittagessen mit Loi und Hung sowie einigen weiteren Teilnehmern. Jörg versucht, Loi doch noch zu überzeugen, dass er im Arbeitsgesetzbuch die Bildung einer nichtgewerkschaftlichen Interessenvertretung regle. Er will ersichtlich nicht; was, wenn sich

dann eine Gewerkschaft bilde? Doch Jörg insistiert und insistiert; es ist zum Mäuse Melken, eine reine Zeitverschwendung. Ich frage Loi nach seinem Beispiel von vor zwei Tagen: 10 von 100 wollen eine ABW-Gewerkschaft, 90 einen Betriebsrat. Er erinnert sich: Da müssten sich die 90 % durchsetzen. Jörg schlägt vor, dass ich einen Text für das Arbeitsgesetzbuch mache; ich sage ihm, sinnlose Dinge würde ich nur gegen ein Stundenhonorar von mindestens 300 Euro tun. Ich hätte ihn für klüger gehalten.

Loi übergibt mir zum Abschied als Geschenk ein (schönes) Seidenhemd. Irgendwie paradox. Ich bedanke mich halt, was soll ich anderes tun?